

KONZEPT

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

LANDTAG BAYERN



DIE **KLEINSTEN** STARK MACHEN



DIE KLEINSTEN STARK MACHEN

Gesundheit, Bildungsgerechtigkeit und Partizipation für jedes Kind in Bayern

Jedes Kind hat das Recht, unter den bestmöglichen Bedingungen in unserem Land aufzuwachsen.

Es ist Aufgabe der Politik, dieses Recht zu verwirklichen. Chancengerechtigkeit von Anfang an und das Wohlergehen aller Kinder – unabhängig von der Herkunft – ist unser Ziel. In Bayern ist hierfür noch viel zu tun.¹

Die Förderung der kindlichen Gesundheit ist für uns zentral. Dafür setzen wir auf Prävention und auf eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung für jedes Kind an jedem Ort. Mehr Bewegung, gute Ernährung, eine saubere Umwelt und kinderfreundliche Sozialräume sind wichtig und müssen staatlich gefördert werden. Um eine flächendeckende gute Gesundheitsversorgung für Kinder zu verwirklichen, treiben wir auch integrierte Versorgungskonzepte voran, damit mehr Menschen an mehr Orten die kindliche Gesundheit im Blick behalten. Dafür wollen wir frühe Hilfen und Familienhebammen, Kinderärzte und frühpädagogische Fachkräfte sowie bedarfsgerechte Präventions- und Therapieangebote noch besser miteinander verknüpfen und die interdisziplinäre Zusammenarbeit stärken.

Gute Bildung von Anfang an, frei von Zugangsbarrieren und Diskriminierung, ist entscheidend für gesellschaftliche Teilhabe und die Zukunftschancen aller Kinder in Bayern. Es braucht mehr qualifizierte Fachkräfte in der frühkindlichen und schulischen Bildung, in der Jugendarbeit und der Jugendhilfe. Gemeinsam mit tausenden Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden können sie kindgerecht und erfolgreich Talente fördern und Kindern neue Erlebniswelten eröffnen. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe. Chancengerechtigkeit braucht allerdings Zeit, Raum und finanzielle Ressourcen. Wir wollen staatliche Gelder zielgerichtet einsetzen, damit Familien die Unterstützung erhalten, die sie benötigen und damit die besten Kitas und Schulen dort zu finden sind, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Kinder sind in erster Linie Kinder, sie haben ein Recht auf Freizeit, Erholung, Freunde und Freundschaft. Dafür ist auch die Gestaltung des öffentlichen Raums entscheidend: Stadtplanung und Wohnungsbau müssen die Belange von Kindern fokussieren. Es braucht sichere Radwege und Grünflächen, beschattete Spielplätze, gut zugängliche, öffentliche Schwimmbäder und Sportanlagen, Treffpunkte, zugängliche Erholungs- und Freizeitangebote für alle. Wir setzen uns auch dafür ein, dass jedes Kind an der Gestaltung seiner Lebenswelt mitwirken kann und politisches Handeln grundsätzlich an den Auswirkungen auf das Wohlergehen von Kindern gemessen wird.

1) Das vorliegende Papier ist auf der Grundlage des Konzeptpapiers „Eine gute Kindheit für jedes Kind in Bayern“ entstanden.

Kinder sind im Zusammenhang mit ihren Familien zu sehen. Und Familien in Bayern sind vielfältig: Ob Paarfamilie, Patchwork, Allein- oder Getrennterziehende, Regenbogenfamilie, oder das Aufwachsen in einer Einrichtung, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne Behinderung – diese Vielfalt von Familien denken wir Grüne immer mit. Vielfalt muss als Chance begriffen werden und darf nicht zur Ausgrenzung führen. Denn alle Kinder haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen deshalb die **Bündelung von einzelnen Kinder- und Familienförderleistungen** zu einer bedarfsgerechten Förderung, die ohne komplizierte Anträge den Eltern unbürokratisch ausgezahlt werden kann.

Grundvoraussetzungen für eine gute Kindheit sind soziale Absicherung und der Schutz vor Gewalt. Armutsprävention und gezielte Unterstützung sind entscheidend für eine gute Kindheit, denn Armut grenzt aus – über Generationen hinweg. Wirksamer Kinderschutz beinhaltet, dass Kinder sich ihrer Rechte bewusst werden, sich trauen, Nein zu sagen und Hilfe zu holen. Letztendlich aber ist es Aufgabe aller, hinzuschauen und zu handeln: Fachleute und Laien, die Kita-Erzieherin genauso wie der Nachbar, der Kinderarzt oder die Fußballtrainerin.

Zeitgemäße Politik hat die Verpflichtung, jedem Kind eine gute Kindheit zu ermöglichen und damit Zukunftschancen zu eröffnen.

Unser weg dorthin: Konkrete Schritte zu einer guten Kindheit für jedes Kind

Chancengleichheit für alle bayerischen Kinder

Unsere Politik hat Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung für jedes Kind von Anfang an zum Ziel. Nur gute pädagogische Arbeit von der Krippe über Kita und Schule bis hin zur Berufsorientierung, beruflicher Bildung und Studium kann Benachteiligung entgegenwirken und jedem Kind in Bayern die bestmöglichen Entwicklungschancen eröffnen. Wir treten für moderne Bildungseinrichtungen von klein auf und starke staatliche Strukturen ein, wenn Eltern und Kinder Hilfe brauchen. Wir stärken Kinder, indem wir Politik aus ihrer Sicht und für ihre Zukunft denken. Gleichzeitig ist unser Einsatz für Kinder immer auch ein Einsatz für deren Familien und die Fachkräfte, die in diesem Bereich arbeiten.

1) Kindliche Gesundheit fördern, medizinische Versorgung sichern

Wir setzen uns für ein gesundes Leben aller Kinder in Bayern ein – egal aus welchem Elternhaus sie kommen oder wo sie wohnen. Dazu gehören **mehr Bewegung und Sport** in Kita, Kindertagespflege, Hort, Schule und im Alltag der Kinder. Hierzu müssen Schulen und Kitas mit Aufenthaltsräumen, Höfen, Freiflächen und Sportplätzen ausgestattet sein, die zur Bewegung einladen. Grundsätzlich befürworten wir eine dritte Sportstunde in allen Schulformen. Insbesondere muss auch der **Schwimmunterricht** flächendeckend stattfinden, damit kein Kind schwimmunfähig die Grundschule verlässt. Kommunen müssen hier dringend bei der Sanierung ihrer Schwimmbäder unterstützt werden, damit jedes Kind in Bayern wohnortnah schwimmen lernen kann.

Bewegung, die einen festen Platz im kindlichen Alltag hat, muss auch außerhalb der Bildungsinstitutionen für alle Kinder möglich sein. Dabei kommt der **Gestaltung des öffentlichen Raums** und dem Zugang zu Angeboten von Sportvereinen und Jugendzentren eine besondere Bedeutung zu. Naturnahe Bewegungsmöglichkeiten wie kindersichere Fahrradwege, der barrierefreie Zugang zu Turnhallen und Schwimmbädern, vereinfachte und ggf. subventionierte Teilnahme an Angeboten der örtlichen Sportvereine und barrierefreie Spielplätze müssen ausgebaut werden. Jedem Kind sollte es möglich sein, sich regelmäßig und mit Freude zu bewegen, sich dabei motorisch und sozial weiterzuentwickeln und sich so aktiv an der Gestaltung seines Alltags zu beteiligen.

Wir setzen uns für eine flächendeckende Versorgungsstruktur von **Kinderärzt*innen und Hebammen** in der Stadt und auf dem Land ein. Wir wollen die derzeitige Versorgungssituation überprüfen, um den regionalen Bedarf der Bevölkerung realitätsnah zu ermitteln. Kinderärzt*innen wollen wir durch die Stärkung anderer Gesundheitsberufe und durch Bürokratieabbau unterstützen. Bereits seit Jahren fordern wir ein Förderprogramm für Hebammen, um etwa die Gründung von Hebammenpraxen oder Geburtshäusern zu unterstützen. Geburtskliniken sollen Zuschüsse für die Einrichtung hebammengeleiteter Kreißsäle oder den Ausbau von günstigen Personalwohnungen erhalten.

Psychische Erkrankungen belasten zunehmend auch Kinder – direkt, weil sie selbst betroffen sind; indirekt, weil die Erkrankung eines Elternteils oder Geschwisterkindes ebenfalls erheblich belastet. Seelische Leiden wie Ess- und Angststörungen oder Depressionen nehmen bei Kindern und Jugendlichen zu und wurden durch die Belastungen der Corona-Pandemie zusätzlich befeuert. Psychische Erkrankungen wie Depressionen, Psychosen oder Suchterkrankungen der Eltern oder anderer Familienangehöriger lasten ebenfalls schwer. Kinder brauchen daher verlässliche, leicht zugängliche, dauerhafte Unterstützung, nicht nur in akuten Krisen.

Jeder Mensch, egal ob jung oder alt, hat bei seelischen Krisen Anspruch auf professionelle Versorgung. Als Grundvoraussetzung sehen wir die **Enttabuisierung psychischer Erkrankungen und flächendeckende Weiterbildungsmaßnahmen im Bildungsbereich**. Wir wollen daher Fachberatungen sowie die Pädagogische Qualitätsbegleitung für die Frühkindliche Bildung noch stärker dazu befähigen, Fortbildungen und Supervision zur Erkennung und Prävention von psychischen Erkrankungen für frühpädagogische Fachkräfte anzubieten. Sozialarbeit, Schulpsychologie und Jugendsozialarbeit an Schulen sind auszubauen. Eine gute Vernetzung zwischen Bildungsinstitutionen und Jugendhilfe, sowie medizinische, auch jugendpsychiatrische Dienste, sind weitere wichtige Bausteine. Angebote über Internet und Telefon sollten die Vor-Ort-Unterstützung ergänzen.

Schnelle Behandlungsmöglichkeiten ohne lange Wartezeiten sind sicherzustellen, damit psychische Störungen nicht zur chronischen Krankheit werden. Hierfür ist es essenziell, gezielte Aufklärungs- und Präventionskampagnen sowie Anlaufstellen, die diversitätssensible Pädagogik und peer-to-peer Beratungsangebote mitdenken.

Gesundheit ist ein hohes Gut. Prävention lohnt sich. Erkrankungen jeder Art bedürfen passender, schneller und zuverlässiger Behandlungsmöglichkeiten, für jedes Kind und an jedem Ort. Für die Weiterentwicklung professioneller Unterstützungsangebote und das Schließen von Versorgungslücken sind **interdisziplinäre Kooperations- und Vernetzungsstrukturen** in einem integrierten Versorgungskonzept von besonderer Bedeutung. Hier arbeiten frühpädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Schulpsycholog*innen, Kinderärzt*innen, Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam, um die kindliche Gesundheit und das Wohlergehen zu sichern.

2) Gute Bildung für alle und von Anfang an

a) Frühkindliche Bildung

Um Familien eine echte Entscheidungsfreiheit und die Möglichkeit der Bildung und Betreuung ihrer Kinder in einer Einrichtung oder bei einer Kindertagespflegeperson zu garantieren, müssen wir die **Zahl der Betreuungsplätze weiter ausbauen**. Schon jetzt übersteigt der Bedarf vielerorts die Kapazitäten erheblich. Ein Problem, das sich durch den zunehmenden Fachkräftemangel verschärfen wird, wenn keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf ganztägige Betreuung und Förderung von Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026/2027 ist eine Chance für Kinder und Familien, erfordert aber auch einen höheren Fachkräftebedarf. Eine auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen durch Erhöhung der Betriebskostenförderung durch den Freistaat ist unabdingbar. Darüber hinaus braucht es umgehend ein **neues Investitionsprogramm** für mehr Kita-Plätze, das den Fachkräftebedarf fokussiert: In Bayern sind nicht die Räumlichkeiten das Problem, vielmehr können Plätze nicht angeboten werden, weil die Fachkräfte fehlen.

Wir wollen dem **massiven Fachkräftemangel wirksam entgegenwirken**, indem in Zukunft alle Mittel für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften zur Steigerung der Qualität in den Einrichtungen verwendet werden, statt die Elternbeiträge ohne soziale Staffelung zu bezuschussen. Es ist das A und O mehr Fach- und Ergänzungskräfte für die frühkindliche Bildung zu gewinnen, sie im Beruf zu halten, oder sie wieder für den Beruf zu gewinnen, um Kindern in Bayern ihr Recht auf gute Bildung von Beginn an zu ermöglichen.

Neben der Gewinnung von Männern und Fachpersonal mit Migrationshintergrund für diese Berufszweige, müssen die Chancen der Akademisierung genutzt und multiprofessionelle Teams in den Einrichtungen gefördert werden. Die Reform der Ausbildung zum*zur Erzieher*in muss zu gegebener Zeit evaluiert und ggf. weiterentwickelt werden. Die Attraktivität des Berufs muss durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gesteigert werden: Der Schlüssel zur **Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte** sind Rahmenbedingungen, die eine hohe pädagogische Qualität fördern, aber die Belastung der einzelnen Fachkraft reduzieren. Neben einer besseren Bezahlung der Fachkräfte, angefangen in der Ausbildung, braucht es deshalb eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Zeitkontingente für Leitungen, bessere Personalschlüssel, den flächendeckenden Ausbau der Pädagogischen Qualitätsbegleitung, Zeit für Vorbereitung und Teamentwicklung sowie die Möglichkeit für Fortbildungen und Aufstiegschancen. Die Kindertagespflege in ihren verschiedenen Facetten ist durch eine bayernweit gleiche Vergütung, höhere Qualitäts- und Qualifizierungsstandards und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Zusammenspiel mit den Jugendämtern aufzuwerten.

Für den gesetzlich vorgegebenen **Fachkraft-Kind-Schlüssel** wollen wir zielgerichtete Verbesserungen erreichen. Wichtig ist dabei, nicht die theoretisch auf dem Papier vorhandenen Fachkräfte zu berücksichtigen, sondern die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort zu verbessern. Auch Fachkräfte erkranken, nehmen Urlaub oder brauchen Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit, die nicht mit der gleichzeitigen Bildung und Betreuung von Kindern zu vereinbaren ist. Das führt dazu, dass der theoretische, gesetzlich festgelegte und auch abgerechnete Fachkraft-Kind-Schlüssel in der Praxis selten vorzufinden ist. Wir orientieren uns an den Empfehlungen der Wissenschaft: Bei Kindern unter drei Jahren soll eine Fachkraft für vier bis maximal fünf Kinder gleichzeitig verantwortlich sein, in den Kernzeiten wird eine eins zu drei Relation empfohlen, bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren sollte die tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation eins zu acht nicht überschreiten.

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für das Wohlergehen und die Bildungschancen eines Kindes. Wir arbeiten daran, dass mehr Kinder, die zu Hause kein Deutsch sprechen, frühzeitig einen Platz in einer guten Kindertageseinrichtung bekommen – sie profitieren in besonderem Maße von Sprachbildung und Förderung im Alltag. Hierzu ist es notwendig, dass Bayern ein **Landesprogramm „Sprach-Kitas“** aufsetzt, um die Fachkräfte und die bestehenden Strukturen aus dem Bundesprogramm zu übernehmen. Das Erlernen der Sprache ist von wachsender Bedeutung und legt den Grundstein für eine gute Bildungslaufbahn für alle Kinder.

Die Anforderungen an das pädagogische Personal sind stetig gewachsen. Notwendig sind mehr Aus- und Weiterbildungen mit **Fokus auf Integration und Vielfalt**. Die aktuell akute Knappheit an Kita-Plätzen führt zu einer Mangelverwaltung, oft zum Nachteil ohnehin belasteter Kinder. Dieses Problem zu lösen hat oberste Priorität – damit alle Kinder in Bayern mit guten Chancen ins Leben starten können. Wir fordern zudem bessere **Sprachförderung** für die Kleinsten und mehr Fördergelder für **inklusive Kitas** sowie Weiterbildungen für die Fachkräfte. Derzeit sind die notwendigen Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Bildung und Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen längst nicht überall vorhanden. Inklusion braucht verlässliche personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Der Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention und der Inklusionsauftrag aller Kindertagesstätten wurde zwar in das Bayerische Kinderbildungs- und -Betreuungsgesetz (BayKiBiG) aufgenommen, ohne jedoch die Voraussetzungen für eine inklusive Öffnung der Kitas genauer zu definieren. Hierzu gehören eine verbindliche Reduzierung der Gruppengröße, eine deutliche Verbesserung des Stellenschlüssels, multiprofessionelle Teams, die Umsetzung der Barrierefreiheit, die Verankerung der Inklusion in der Einrichtungskonzeption, die fachliche Weiterbildung des Personals, der Ausbau der mobilen sonderpädagogischen und heilpädagogischen Fachdienste sowie der interdisziplinären Frühförderstellen.

b) Schulische Bildung

Inklusion, Integration, unterschiedliche Deutschkenntnisse der Schüler*innen, vielfältige Unterrichtsformen, der Wunsch nach individueller Förderung – die Anforderungen an die Lehrkräfte steigen. Wir wollen deshalb schrittweise eine **zweite pädagogische Fachkraft** in den Klassen etablieren. Teamteaching soll in bayerischen Schulen zum Standard werden. Das kann, muss aber kein*e Lehrer*in sein, sondern bei Bedarf auch ein*e Heil- bzw. Sozialpädagog*in, ein*e Psycholog*in oder auch ein*e Erzieher*in. Beginnen wollen wir dabei in den Grund- und Mittelschulen. So können Wissen und Kompetenzen besser und individueller vermittelt werden.

Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, sie schafft Zukunftschancen für das Individuum und die Gemeinschaft. Angesichts der zunehmenden Vielfalt in Schulen und Kitas sind **innovative und inklusive Bildungsmaßnahmen** von großer Bedeutung. Bayern ist bunt: Kulturelle, sprachliche, geschlechtliche und religiöse Vielfalt gehören dazu und sollten entsprechend gelebt und gelehrt werden. Dies beugt auch Diskriminierung und Benachteiligung vor. Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, brauchen mehr Unterstützung, vor allem durch eine angemessene Personalausstattung. Die Rahmenlehrpläne und Schulbücher müssen die Vielfalt in unserer Gesellschaft widerspiegeln.

Um Schulen als **inklusive Bildungsorte** für alle Kinder mit und ohne Behinderung zu gestalten, fordern wir die Einrichtung eines „Stellenpools Inklusion“ für zusätzliche Lehrkräfte, die eingesetzt werden, z.B. zur Bildung kleinerer Klassen als Zweitlehrkräfte, als Heilpädagog*innen.

Das Thema Inklusion muss zudem in der Lehrkräftebildung aller Schularten verankert werden – sowohl in Aus- als auch in Fortbildung. Die Schulbegleitung ist für inklusive Beschulung zentral. Schulbegleiter*innen übernehmen Hilfstätigkeiten, damit Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf den Schulalltag bewältigen können. Wir Grüne fordern, die Qualifikation, Rolle, Anstellung und Vergütung von Schulbegleiter*innen eindeutig zu definieren und Kosten- und Anstellungsträger zu vereinheitlichen.

Die digitale Welt muss aus unserer Sicht endlich und nachhaltig an den Schulen Einzug halten. Die Corona-Krise hat hier offensichtliche Schwächen offenbart, aber auch Lösungswege aufgezeigt. Nicht nur mit Tablets und Glasfaseranschlüssen, sondern auch mit neuen Unterrichtsformen und neuen Inhalten. Wie man Fakten von Fake News unterscheidet, wie die Mechanismen sozialer Netzwerke funktionieren, wie sich Schüler*innen gegen Cybermobbing wehren und sicher im Netz bewegen können, welche Möglichkeiten und welche Gefahren dort warten – all das muss Thema im Schulunterricht werden. Sich im Netz kompetent zu bewegen ist heute eine kulturelle Grundfertigkeit wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Deshalb wollen wir Medienkompetenz ab der ersten Klasse vermitteln und ein Fach „Digital- und Medienbildung“ in allen Schularten einführen. Damit alle **digital souverän** werden! Grundsätzlich wollen wir außerdem die fächerübergreifende politische und philosophische Bildung schon in der Grundschule stärken und dem Fach Sozialkunde an allen Schularten einen höheren Stellenwert einräumen.

Um Diskriminierungstendenzen in Schulen entgegenzutreten, braucht es Anlauf- und Beratungsstellen, an die sich Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte wenden können, wenn es zu Diskriminierung kommt. Damit Diskriminierung sich nicht in Bildungsbenachteiligung manifestieren kann, braucht es in allen Bildungseinrichtungen konkrete Maßnahmen: Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Gemeinsam mit entsprechend sensibilisierten Lehrkräften können Kinder, die besonderen Belastungen, z.B. durch Armut oder psychischen Erkrankungen ausgesetzt sind, gezielt unterstützt werden und niederschweligen Zugang zu weiteren Hilfen vermitteln bekommen. Mentoringprogramme und gezielte Talentförderung, auch und gerade in belasteten Sozialräumen, können **Bildungsgerechtigkeit** herstellen. Wir fordern daher einen Ausbau und staatliche Unterstützungen für evidenzbasierte Förderprogramme.

c) Außerschulische und informelle Bildung

Kinder lernen durch Erleben und Erfahren und das überall, nicht nur in den Räumlichkeiten von frühkindlichen und schulischen Bildungseinrichtungen. Der Zugang zu außerschulischen Bildungsangeboten hängt allerdings noch stärker vom sozioökonomischen Hintergrund der Familie ab als die schulische Bildung. Auch Kinder mit Behinderungen sind hier viel zu oft ausgeschlossen. Wir brauchen verbesserte und bei Bedarf subventionierte Zugänge zu Sportvereinen, Kunst- und Musikschulen, zu museumspädagogischen und tanzpädagogischen Angeboten sowie zu Austauschprogrammen und Sprachbildungsangeboten. Wir fordern die Entbürokratisierung und bedarfsgerechte Aufstockung staatlicher Hilfsleistungen für Kinder und Familien, auch und gerade um Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankert, wollen wir eine **Bündelung von einzelnen Kinder- und Familienförderleistungen** hin zu einer bedarfsgerechten Förderleistung, die ohne komplizierte Anträge den Eltern automatisch ausgezahlt wird.

Zusätzliche Unterstützung soll über die Träger und Anbieter erfolgen: Wenn die außerschulischen Bildungseinrichtungen bei der Aufnahme von beispielsweise sozialbenachteiligten und von Armut betroffenen Kindern ihre Kostenerstattung direkt beantragen könnten, anstatt auf die Eltern angewiesen zu sein, wäre das ein erster Schritt. Wenn Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte ihre

Schützlinge direkt, unbürokratisch und diskret dabei unterstützen könnten, außerschulische Bildungsangebote wahrzunehmen, würde der Erfahrungshorizont vieler Kinder wachsen und damit auch ihr **Wohlbefinden** und ihre **Bildungschancen**. Barrierefreiheit und Inklusion sind auch bei der außerschulischen Bildung und bei Betreuungsangeboten entscheidend: Kindern mit besonderem Förderbedarf darf der Zugang zur Mittagsbetreuung, zum Hort, zum Museum oder dem Sportverein nicht aus strukturellen Gründen verwehrt bleiben.

3) Freizeit, Freunde, Freude und Selbstbestimmung für Kinder ermöglichen

Grüne Politik für eine gute Kindheit bedeutet, echtes und freies Kindsein zu ermöglichen. Hierfür braucht es zum Beispiel ausreichend Spielplätze mit pädagogischen Konzepten und abwechslungsreicher Gestaltung, die den Kindern Begegnung, Spiel und Spaß außerhalb des Elternhauses ermöglichen. Gerade in Ballungsräumen ist es schwer für neue Betreuungseinrichtungen, die Richtlinien für ausreichend Außenfläche noch zu erfüllen. Hier können kindgerechte städtische **Grünflächen und Spielplätze** Ausweichmöglichkeiten sein, um trotz Platzmangel und Nachverdichtung in Städten den Neubau von Kitas und das Spielen der Kinder im Außenbereich zu ermöglichen. Es braucht mehr schattige Spielplätze mit Bäumen und Sonnensegeln, mehr naturnahe Erholungsgebiete, zugängliche und sichere Wälder: Stadtplanung muss immer auch die Bedürfnisse von Kindern in den Blick nehmen.

Kinderbildung und Betreuung sollte aus unserer Sicht immer einen **partizipativen Ansatz** verfolgen, der die Kinder gezielt fördert und gemäß ihrem Entwicklungsstand in Entscheidungen zur Alltagsgestaltung miteinbezieht. Kindertageseinrichtungen legen eine Grundlage für ein demokratisches und teilhabeorientiertes Denken und Handeln der Kinder. Mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel und mehr Personal erhöhen wir nicht nur die Arbeitsqualität der Fachkräfte, sondern reduzieren durch kleinere Gruppen auch das Stresslevel der Kinder.

Auch im Verkehrsbereich richtet sich grüne Politik auf ein Ziel aus: „Mehr Platz für Kinder!“ Aktuell werden Kinder sehr stark auf für Kinder reservierte Räume wie Kindergärten, Schulen, Spiel- und Sportplätze beschränkt. Der **öffentliche Raum** ist in aller Regel nicht kindertauglich. Der dichte Straßenverkehr ist eine der Haupteinschränkungen für die selbstständige Fortbewegung von Kindern. Unsere grundlegenden Forderungen zur Verkehrswende – weniger und langsamerer Verkehr, autofreie Innenstädte, mehr Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV – kommt allen Menschen, besonders aber Kindern und Jugendlichen, zugute und erhöht ihre autonome Mobilität. Ganz konkret wollen wir dafür lebenswerte Orts- und Stadtzentren mit **Zone 30 auch auf (übergeordneten) Durchgangsstraßen** umsetzen, mehr autofreie Zonen, Spielstraßen und „Begegnungszonen“ ermöglichen. Im Rahmen der Städteplanung gilt es, sichere Wege zu Kita und Schule einzurichten. Mit Konzepten wie „Schulameisen“ und „Schulbus mit Füßen“ gestalten wir den Weg zur Betreuungs- und Bildungseinrichtung sicher, gesund und sozial. Verkehrserziehung, im speziellen die Fahrradprüfung, muss gestärkt und die Sicherheit der Radinfrastruktur gewährleistet werden. Den Zugang zum Nahverkehr gestalten wir nach dem Vorbild Österreichs mit einem **Klimaticket** für alle Kinder und Jugendlichen unkompliziert und kostengünstig.

4) Kinder brauchen eine gesunde Umwelt

Zu einer guten Kindheit gehört für uns Grüne immer auch die Perspektive auf **eine lebenswerte Zukunft**. Klima- und Umweltschutz ist deshalb auch Kinder- und Jugendpolitik. Es ist heute unsere Aufgabe, unseren Kindern und zukünftigen Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der diese Lebensgrundlagen noch intakt sind.

Dazu gehört die Artenvielfalt ebenso wie sauberes Wasser, saubere Luft und saubere Energie. Wir müssen endlich nachhaltig agieren. Das bedeutet z.B. keine Lebensräume mehr zu zerstören, die Biodiversität nicht weiter zu reduzieren, Kreislaufwirtschaft zu betreiben und dort, wo sich Eingriffe in die Natur nicht vermeiden lassen, für Ausgleich zu sorgen. Umweltbildung ist aus unserer Sicht der Schlüssel zu nachhaltigem Agieren, sie findet sowohl in formellem als auch in informellem Kontext statt, also in der Freizeit, im Verein oder in den Ferien, genauso wie in Kita und Schule.

5) Kinder müssen gewaltfrei aufwachsen können

Mit einer Offensive für den Kinderschutz wollen wir den Kinderschutz in Bayern maßgeblich voranbringen. An erster Stelle steht für uns dabei eine grundsätzliche Stärkung der Stellung und Wahrnehmung von Kindern in unserer Gesellschaft. Wir fordern deshalb die **Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung**. Bisher sind Kinder in der Bayerischen Verfassung zwar als Gegenstand von Grundrechten, nicht jedoch explizit als Träger von Grundrechten genannt. Wir wollen eine Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern in allen sie betreffenden Belangen, sowie ein klares Bekenntnis zum Vorrang des Kindeswohls bei allem staatlichen Handeln festschreiben. Die Bayerische Verfassung würde somit endlich den Ansprüchen der UN-Kinderrechtskonvention gerecht.

Die Einsetzung eines*r **Kinderrechtsbeauftragten** soll die Vernetzung und fachübergreifende Arbeit der verschiedenen Akteur*innen im Bereich Kinderrechte und Kinderschutz verbessern. Damit Kinder gut geschützt werden können, braucht es außerdem regelmäßige Weiterentwicklung und Evaluierung. Mit einem jährlichen Kinderschutz-Bericht für Bayern sollen deshalb Entwicklungen und Fortschritte im Kinderschutz konsequent beobachtet, Versorgungslücken identifiziert und in der Folge geschlossen werden.

Mit flächendeckenden **Präventionsprogrammen** wollen wir Kinder gemäß ihrem Entwicklungsstand dazu befähigen, eigenständig Anzeichen von Missbrauch zu erkennen und Hilfe aufzusuchen. Eine bayerische Kinder-App, die attraktive und kindgerechte Wissens- und Spielangebote ebenso beinhaltet wie die Möglichkeit, niedrigschwellige und professionelle Online-Beratung in Belastungs- oder Bedrohungssituationen zu erhalten, würde eine Selbstermächtigung der Kinder weiter voranbringen. Auch im Sinne der Eltern sollen die Unterstützungsangebote zur Stärkung der Erziehungskompetenzen für Familien und Alleinerziehende in Bayern verbessert werden. Wir wollen insbesondere die Stigmatisierung von Hilfesuchenden verringern und niedrigschwellige Zugangswege zu Angeboten – insbesondere bei familiären Belastungssituationen – ermöglichen.

Mit einer unabhängigen Evaluation des bestehenden **Gesamtkonzepts Kinderschutz** der Staatsregierung sowie einer Bestands- und Bedarfsanalyse der spezialisierten Beratungs- und Unterstützungslandschaft in Bayern sollen Versorgungslücken identifiziert und eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts vorangetrieben werden. Auch die bestehenden Aus- und Fortbildungsprogramme im Bereich des Kinderschutzes sollen auf Zielgruppengerechtigkeit und Wirksamkeit geprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Fortbildungslücken in kindbezogenen Professionen zum Thema Kinderschutz geschlossen werden. Dazu gehören beispielsweise Lehrkräfte, Erziehungswissenschaftler*innen, Familienrichter*innen sowie Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen. Auch sie sind durch entsprechende Module in ihrer Aus- und Fortbildung in die Lage zu versetzen, Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung zu erkennen und Betroffenen eine Brücke zum Hilfesystem zu bauen.

Schulen, Kitas, Vereine sowie stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen bei der Entwicklung und erfolgreichen Umsetzung ihrer **individuellen Schutzkonzepte** besser unterstützt werden. Ziel ist es, ein tragfähiges System für Kinderschutz-Konzepte in pädagogischen Einrichtungen anzustoßen. Die Jugendämter müssen personell besser aufgestellt werden, um ihre Aufgaben rund um den Kinderschutz besser ausführen zu können. Zudem setzen wir uns für die Entwicklung eines Ombudtschaftswesens in der Kinder- und Jugendhilfe ein, um die Arbeit der Jugendämter einer unabhängigen Kontrolle zu unterstellen.

6) Gesellschaftliche Teilhabe für jedes Kind garantieren, Kinderarmut bekämpfen

Armut bedeutet Mangel, geringere Lebensqualität, weniger Beteiligung, schlechtere Gesundheit, geringere Bildung und geringere Lebenserwartung. Armut nimmt auch in Bayern mit bedrohlichem Tempo zu. Krisen treffen diejenigen, die vorher schon wenig hatten, am schnellsten und am härtesten. Das reiche Bundesland Bayern hatte 2022 zwar die niedrigste Armutsquote bundesweit, 11,6% bedeutet allerdings, dass im Freistaat etwa 150.000 Menschen von Armut betroffen sind, Tendenz steigend. Die Bertelsmann Stiftung² berichtet, dass im Jahr 2019 6,3% der Kinder in Bayern Leistungen nach dem SGB II bezogen haben, bei Alleinerziehenden traf das auf 47,2% zu. Die **Kindergrundsicherung**, die nun auf Bundesebene vorangetrieben wird und unterschiedliche Einzelleistungen bündeln sowie deren Auszahlung automatisieren soll, wird ein großer Schritt sein, um bayerische Kinder aus der Armut zu holen.

In jedem Bildungs- und Freizeitkontext braucht es **armutssensibles pädagogisches Handeln**, denn Armut hat dauerhafte Auswirkungen auf das kindliche Wohlergehen und die Bildungschancen, welche über die Effekte von Diskriminierung hinaus gehen. Jugendsozialarbeit an jeder Schule, multiprofessionelle Teams in jeder Kita, entsprechend geschulte Fachberatungen, in armutssensiblen Handeln geschulte Lehrkräfte, Vernetzung der Beratungs- und Unterstützungsangebote sind wesentliche Bausteine zu Armutsbekämpfung. Diese bergen die Chance, generationenübergreifende Armut und Benachteiligung zu durchbrechen und Kindern eine selbstbestimmte Zukunft zu ermöglichen.

Fazit

Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Kindheit, ganz gleich, wo es lebt, welche Hautfarbe oder Religion, welches Geschlecht oder welche Eltern es hat. Voraussetzungen für eine gute Kindheit sind soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit durch bedarfsgerechte Förderung und der Schutz vor Gewalt. **Es ist die Aufgabe der Politik, das Wohlergehen aller Kinder zu sichern und ihnen Zukunftschancen zu eröffnen.** Mit unserer grünen Politik für bayerische Kinder und Familien schaffen wir die Rahmenbedingungen für ein gesundes und fröhliches Aufwachsen in Sicherheit und Freiheit. **Den Kindern gehört die Welt – stärken wir sie!**

2) Bertelsmann Stiftung – Kinderarmut in Deutschland: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/291_2020_BST_Facsheet_Kinderarmut_SGB-II_Daten_ID967_final.pdf

KONTAKT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
www.gruene-fraktion-bayern.de



Katharina Schulze, MdL
Fraktionsvorsitzende, Innenpolitische Sprecherin
Tel. 089 4126-2773
team@katharina-schulze.de



Johannes Becher, MdL
Sprecher für kommunale Fragen und frühkindliche Bildung
Tel. 089 4126-3761
johannes.becher@gruene-fraktion-bayern.de

Stand: September 2022

